

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verleger: Dr. h. c. h. v. Auer, Leipzig, Postfach 100. Druck: Auer-Druckerei, Leipzig, Postfach 100.

Bestellungen nehmen die Anzeiger und die Anzeiger der Postämter entgegen. — Erscheint wöchentlich. Preis: 10 Pf. — Anzeiger: 10 Pf. — Anzeiger: 10 Pf.

Telegramme: Cegblatt Erzgebirgs. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 263 Dienstag, den 11. November 1924 19. Jahrgang

Die Landtagswahlen in Anhalt.

Weslau, 9. Nov. Die Wahlkämpfe sind geschlagen. Der Kampf wurde diesmal nach amerikanischem Muster ausgefochten. Die Demokraten ließen schon seit Freitagabend Kautschuk mit Transparenten durch die Straßen fahren. Die Deutsche Volkspartei schloß mit Schwarzweißroten Fahnen und mit den anhaltischen Farben drapierte Autos durch die Straßen, die im Lichterglanz prangten und von denen Heroldstrumpfen Fanfarenmärsche schmetterten. Wie bisher bekannt geworden ist, sind die Wahlen im ganzen Lande ruhig verlaufen. In Weslau wurde der Wahltag durch Waden der Reichsbannerkapellen eingeleitet, von den sozialdemokratischen Gebäuden flatterten die Reichsfarben. Die Wahlbeteiligung war außerordentlich stark, was durch den festen Willen des anhaltischen Volkes zu erklären ist, auf jeden Fall eine Entscheidung zu erzielen.

Das Gesamtergebnis.

Weslau, 9. November. Das Gesamtergebnis der anhaltischen Landtagswahlen bis auf einen ländlichen Ort ist folgendes:

	Stimmen	Abgeordnete
Sozialdemokraten	78 449 (64 835)	15 (13)
Demokraten	13 991 (6 187)	8 (1)
Kommunisten	11 217 (16 708)	2 (4)
Zentrum	2 406 (2 008)	0 (0)
National-Sozialisten	7 942 (7 989)	1 (2)
Bodenreformer	3 207 (3 005)	1 (1)
Bürgerl. Volksgem.	74 482 (74 514)	14 (15)

Dieses Ergebnis bedeutet eine Verdoppelung der demokratischen Stimmenzahl und den Gewinn von zwei Mandaten. Die Rechtsparteien einschließlich der Nationalsozialisten haben zwei Mandate eingebüßt, ebenso die Kommunisten, die ihre zwei verlorenen Mandate an die Sozialdemokraten haben abgeben müssen.

Die Herabsetzung der Einkommensteuer.

Berlin, 8. November. Der Reichsfinanzminister und die Finanzminister der Länder verständigten sich angesichts der dringenden Notwendigkeit einer sofortigen Steuererleichterung vorbehaltlich der Stellungnahme des Reichspräsidenten auf eine Verordnung, durch welche die seitens der Reichsregierung vorgesehenen Steuererleichterungen herbeigeführt werden, durch welche ferner die Weiterführung der ohnehin mit Ablauf des Kalenderjahres erlöschenden Einkommensteuer in dieser nunmehr ermäßigten Form bis zu einer gesetzgeberischen Regelung gesichert, und durch welche endlich seitens des Reiches bis Ablauf des Rechnungsjahres eine Gewährung dafür übernommen wird, daß die die Grundlage der Länderhaushalte bildenden Ueberweisungen von Anteilen an Reichsteuern in den vier Monaten Dezember 1924 bis März 1925 nicht unter den Monatsdurchschnitt der beiden Monate August und September 1925 sinken.

Die Länderregierungen machten gegenüber diesen Leistungen des Reiches im Interesse der Wirtschaftserholung darauf aufmerksam, daß vielfach durch die Senkung der Reichsteuern die Gewerbesteuern der Länder und Gemeinden automatisch mitgesenkt würden, und erklärten außerdem, daß sie, soweit dies mit der Ausgleichung der Haushalte der einzelnen Länder nur irgend vereinbar ist, von sich aus eine Senkung von Länderteuern mit tünlichster Beschleunigung vornehmen und entsprechend auf die Gemeinden wegen der Gemeindesteuern und der von den Gemeinden erhobenen Gebühren nachdrücklich einwirken würden. Die Länder erklärten, daß sie diese ihre Zustimmung nur mit Rücksicht auf den sonst entstehenden Notstand aussprechen, und daß durch ihre Zustimmung zu der vorstehenden Regelung ihrer grundsätzlichen Stellung zur Frage des Notverordnungsrechtes des Reichspräsidenten und seiner dringenden Reformbedürftigkeit nicht vorgegriffen werden soll.

Keine Landtagsauflösung in Sachsen.

Dresden, 8. November. Die Auflösungsanträge der Deutschnationalen und Kommunisten wurden in namentlicher Abstimmung mit 50 gegen 43 Stimmen abgelehnt. Es fehlten bei der Abstimmung drei Kommunisten. Gegen die Auflösung stimmten die Sozialdemokraten, die Demokraten und die deutsche Volkspartei. Der sächsische Landtag wird also, wie wir vorausgesetzt hatten, nicht aufgelöst. Die Mehrheit der Abgeordneten hat sich gegen die deutschnationalen Auflösungsanträge ausgesprochen. Dieser Ausgang der mewe-wichtigen Krise wird allen, denen an einer ruhigen Entwicklung des sächsischen Staatslebens ernstlich gelegen ist, begrüßt werden. Da ein frühzeitiges Ende des Landtages nicht notwendig ist, so wären Neuwahlen überflüssig gewesen und hätten die Öffentlichkeit nur beunruhigt. Mindestens wäre dadurch der Entschluß des sächsischen Staatsbürgers, der am 7. Dezember über den Reichstag abzustimmen hat, unnötig erschwert worden. Dies gerade aber muß vermieden werden. Die kommenden Wahlen sollen im Reichstag Klarheit schaffen. Voraussetzung hierfür ist ein klarer Entschluß des Wählers. Landtagswahl und Reichstagswahl am gleichen Tage wären diesem Gedanken nicht dienlich gewesen. Deshalb ist die Entscheidung im Landtag zu begrüßen. Der Landtag beriet im weiteren Verlauf der heutigen Sitzung den kommunistischen Misstrauensantrag gegen das Kabinett Heldt. Abg. Paul Richter (Komm.) polemisierte in heftiger Weise gegen die Sozialdemokratie, die nicht einmal mehr stark genug sei, eine Spaltung auszuhalten. Abg. Weutter (Dn.) erklärte namens seiner Fraktion, man betrachte diesen kommunistischen Antrag nur noch als eine leere Demonstration. Nachdem die bisherige Koalition auf Beschluß des Hauses beibehalten werde, läme es auch auf einen Personenaustausch nicht mehr an. Seine Fraktion werde sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten. Das Gleiche erklärte der Abg. Siebmann namens der linken Sozialisten. Der Misstrauensantrag wurde darauf gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt. Nächste Sitzung am 10. Dezember.

Der Eisenbahnerstreik in Oesterreich.

Wien, 8. November. Der Generastreik der Eisenbahner hat heute pünktlich um Mitternacht begonnen. Ordner, durch Armbinden gekennzeichnet, besetzten die Eingänge der Bahnhöfe und ließen keine Reisenden mehr indie Hallen. Die Streikbewegung der Gewerkschaften fordert die Eisenbahner auf, strenge Disziplin zu wahren und keine Eigenmächtigkeiten zu begehen. Der Streik auf den Bundesbahnen wurde diesmal mit einer Pünktlichkeit und Gründlichkeit durchgeführt, als handle es sich um eine militärische Mobilisierung. Die Organisation ist sehr straff. In allen Portalen stehen mit roten Armbinden kenntlich gemachte Ordner, die Auskunft geben und dafür sorgen, daß die einlaufenden Lebensmittel mit größter Schnelligkeit den Speiditeuren ausgehändigt werden. Auf dem besonders frequentierten Westbahnhof lief als letzter Fernzug der Genfer R-Zug mit etwas Verspätung ein. Er brachte Amerikaner, Engländer und Franzosen, die auf der Reise nicht einmal gemerkt hatten, daß der Streik ausgebrochen war, jetzt aber etwas bestürzt erschienen, da sie nun vielleicht für längere Zeit in Wien festhalten und die Weiterreise nicht werden antreten können. Die Lebensmittelzüge, insbesondere die Belieferung Wiens mit Milch, sind gemeinsam mit der Direktion von der Streikleitung auf das genaueste geregelt worden, so daß auch bei längerer Dauer des Ausstandes für die Zufuhr nach der Hauptstadt nichts zu befürchten ist. Wie aus Äußerungen von Mitgliedern der Technischen Union, in der die Postangestellten organisiert sind, hervorgeht, ist man in der Postgewerkschaft sehr geneigt, falls es nötig sein sollte, den Eisenbahnern alsbald durch die Androhung eines allgemeinen Beamtenstreikes für die Durchsetzung ihrer Forderungen zu Hilfe zu kommen. Es wird jedoch in den Kreisen der Streikenden erwartet, daß der Ausstand nicht von langer Dauer sein wird, weil das letzte Jugendschicksal, das von dem Streikkomitee gefordert wurde, tatsächlich für das Staatsbudget keine so hohe Belastung bedeutet, als daß nicht eine Einigung erzielt werden könnte.

Auswirkungen auf Sachsen. Zu dem Eisenbahnerstreik in Oesterreich ist bei der Eisenbahndirektion Dresden an Auswirkungen auf Sachsen bisher folgendes bekannt geworden. Es sind Meldungen eingegangen, daß der R-Zug 158 gestern Abend in Passau nicht mehr vom österreichischen Fahrpersonal übernommen wurde. Ebenso geht der R-Zug 156 heute nur bis Passau. Die Eisenbahndirektion Regensburg hat nach Dresden mitgeteilt, daß Lebensmittel, leicht verderbliche Waren, lebende Tiere usw. noch befördert würden, daß aber alle anderen gewöhnlichen Waren zurückgehalten werden müssen. Auch die Postangeestellten drohen mit dem Streik. Wien, 9. November. Die Gewerkschaft der Postangestellten hat an die Regierung eine bis 10. November befristete Lohnforderung gerichtet und erklärt, daß sie im Falle der Nichtbewilligung der Forderungen in den Streik treten würden.

Erste Lage bei der Reichsbahn A.-G. Streikgefahr in Eiberfeld und Hamburg. In den letzten Tagen hat die Erregung unter den Beamten, Angestellten und Arbeitern der Reichsbahn wie übereinstimmend von den Gewerkschaftsvertretern aller Richtungen bezeugt wird, so stark zugenommen, daß man diesmal allen Ernstes mit Aktionen, besonders der Arbeiter, zu rechnen haben dürfte. Wie der Deutsche Eisenbahnerverband erklärt, ist mit Teilkaktionen seiner Mitglieder zu rechnen, da die letzte Lohnregelung die Arbeiterschaft nach keiner Richtung hin befriedigt habe. Der Hauptvorstand in Berlin hat seine Vertreter aus dem Reich zum Montag nach Berlin berufen, um hier zu der gefährdeten Lage Stellung zu nehmen. Auch die sächsischen Eisenbahnergewerkschaften sind der Ansicht, daß ein Ausstand sich kaum noch vermeiden lassen wird, wenn nicht in letzter Stunde die Direktion der Reichsbahngesellschaft ihre bisherige Haltung in der Besoldungsfrage zu ändern bereit ist. In Eiberfeld seien die Bezirksvertrauensmänner bereits zusammengetreten, um Beschluß zu fassen, und aus Hamburg und anderen Bezirken liegen Telegramme vor, in denen die Unterorganisationen die Anwendung des letzten gewerkschaftlichen Mittels fordern.

Herriot und Rathusius. Persönliches Eingreifen des Ministerpräsidenten. Genf, 8. Nov. Das Pariser „Journal“ meldet: Die Vorstellung des deutschen Botschafters bei Herriot um Freilassung des verhafteten deutschen Generals Rathusius ist insofern von Erfolg gewesen, als der Ministerpräsident persönlich die Urten eingefordert hat. Eine weitere Amtshandlung hat Herriot zur Zeit als nach den französischen Gesetzen unzulässig erklärt, unsofern, als General Rathusius auf der Liste der auszusliefernden Kriegsschuldigen stehe und mit seiner Festnahme bei Betreten französischen Bodens rechnen mußte. Die deutsche Regierung fordert Aufklärung über die „Kriegsverbrecher“-Prozesse. Paris, 7. Nov. Der „Figaro“ meldet, daß von der deutschen Regierung eine Namenszusammenstellung sämtlicher durch die französischen Kriegsgerichte verurteilten deutschen Offiziere und Mannschaften erbeten worden sei. Der „Figaro“ fügt erläuternd hinzu, seit 1. Januar seien 158 Verurteilungen deutscher Heeresangehöriger durch französische Kriegsgerichte ausgesprochen worden und mehr als 60 Strafverfolgungen seien noch bei den Gerichten des Okkupationsgebietes in der Schweiz.

Vor einem neuen Umsturz in Spanien. Blutige Kämpfe in Barcelona. Berlin, 9. Nov. Hier vorliegende Meldungen erwecken den Anschein, als ob in Spanien eine revolutionäre Bewegung gegen das Direktorium ausgebrochen sei oder im Begriff sei auszubrechen. Einlaufende Berichte bestätigen zum Beispiel, daß in Barcelona blutige Kämpfe zwischen Polizei und Anarchisten stattgefunden haben. Es ist seit längerer Zeit bekannt, daß sich längs der französisch-spanischen Grenze eine gewisse revolutionäre Gärung bemerkbar macht, wobei auch Vorbereitungen zu einem Aufstand gegen das Direktorium im Gange waren. Die spanische Zensur, die schon im Anfang sehr scharf war, hat sich in den letzten Tagen noch verschärft.

Abfall vom Faschismus. Rom, 8. Nov. Die Blätter veröffentlichten den Brief des Präsidenten der Kampfvereinnigung der Provinz Latium Bongino, mit dem er Mussolini persönlich seine Mitgliedskarte zur faschistischen Partei zurückge-

Die Evangelische Partei Sachsens verzichtet bei den diesjährigen Reichstagswahlen auf die Aufstellung eigener Listen. Die Evangelische Partei Sachsens macht bekannt, daß sie energisch den Ausbau ihrer Organisation weiter betreiben und sich erst bei späteren Wahlen beteiligen will.